



Die Presse

Bioethik-Debatte
Forscher und Ethiker fordern eine gesetzliche Regelung für die Stammzell-Forschung.
33



Die schludrige Republik
Warum das Parlament zwei Tage lang Reparaturarbeit leisten muss. **5**



Kampf gegen Allergie
Ab sofort jeden Mittwoch in der „Presse“: 4 Seiten „Wissen & Innovation“. **10**



Phelps im Interview
Der Nobelpreisträger erklärt, warum niedrige Zinsen Bankenkrise nicht lösen. **21**



[AP/Murad Sezer]

Totale Ablehnung für Türkei-Beitritt

AUSREICHEND EUROPÄISCH?

➔ Anderer Kulturkreis. Der EU-Beitritt der Türkei würde aus der Einigung Europas ein eurasisches Großraumprojekt machen, dessen größter Mitgliedstaat einem anderen Kulturkreis angehört, sagen die Skeptiker. Jedes politische Gebilde müsse eine Identität entwickeln, um existenzfähig zu sein. Rechtsphilosoph Christian Stadler warnt: „Die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist der Ursprung der europäischen Identität. In der Türkei fehlt sie.“

➕ Heuchelei. Der ehemalige österreichische Spitzendiplomat Albert Rohan sieht dies anders: „Es darf keinen Krieg mehr geben, eine enge wirtschaftliche Verflechtung verhindert ihn.“ Um das zu wissen, müsse man nicht Deutscher oder Franzose sein. „Und natürlich geht es allen Beitrittsgegnern um die Religion. Wer das leugnet, heuchelt. In Wahrheit steht die Frage dahinter, ob die EU einen großen islamischen Staat aufnehmen kann. Bei einem kleineren Land wäre das kein Thema.“

➔ NEUE STUDIE. In Österreich werden positive Aspekte des Beitritts kaum erörtert.

VON KARL GAULHOFER

WIEN/ISTANBUL. Eine neue Studie wagt einen Blick ins Jahr 2015. Das Szenario: Die Türkei hat die Beitrittskriterien erfüllt. Wie schon 2008 angekündigt, findet in Österreich, als einzigem Land in der EU, eine Volksabstimmung über den Beitritt statt. Boulevardzeitungen machen Stimmung für ein Nein. Die FPÖ erregt wieder einmal Aufsehen mit islamfeindlichen Äußerungen. 95 Prozent stimmen mit „Nein“. Nach zehn Jahren Beitrittsverhandlungen schlittert die EU in eine neue politische Krise. Wien ist voll mit tausenden Korrespondenten, darunter 900 aus islamischen Ländern. CNN und al-Jazeera befragen Bergbauern in Tirol und Taxifahrer in Klagenfurt: Was habt ihr gegen die Türken?

Ein unrealistisches Szenario? Nicht für die „European Stability Initiative“ (ESI), einen angesehenen Think Tank mit Stützpunkten in Berlin, Brüssel und Istanbul. In der neuen Studie „Der unbekannteste Türke und eine künftige Volksabstimmung – Anatomie einer österreichischen Debatte“ beschäftigt sich das angesehene Institut mit genau diesem Szenario – und seinen möglichen Gründen.

Es geht um Kultur, nicht Religion

Die unterschiedliche Religion steht nicht im Vordergrund, zeigen die von der Studie zitierten EU-Umfrageergebnisse. Für 60 Prozent ist diese Frage für einen EU-Beitritt irrelevant. Nur 28 Prozent sehen Europa als „christliche Festung“. Sehr wohl geht es aber um Kultur und Identität: Für 74 Prozent ist die Türkei

➔ DEBATTE. „Die Presse“ stellt sechs Pro- und Kontra-Argumente zur Diskussion.

GENÜGEND INDUSTRIALISIERT?

➔ Teure Landwirtschaft. Der Beitritt der Türkei wäre für die EU wirtschaftlich nicht verkraftbar. Zum Zeitpunkt der Aufnahme hätte die Türkei in der EU einen prognostizierten Bevölkerungsanteil von 15 Prozent, jedoch nur einen Beitrag zur Wirtschaftsleistung von knapp drei Prozent. Im Agrarbereich müssten mehrere Generationen jährliche Nettotransfers von 20 bis 27 Milliarden Euro zahlen – ein Drittel des dafür vorgesehenen Budgets.

➕ Gegenmittel Agrarreform. „Das war dasselbe Argument gegen den Beitritt der neuen Mitgliedsländer aus dem Osten Europas“, kontert Studienautor Gerald Knaus. „Jetzt ist man erstaunt, wie wettbewerbsfähig die jungen EU-Staaten in nur kurzer Zeit geworden sind.“ Albert Rohan hält die Argumentation mit den hohen Agrarsubventionen insgesamt für überholt. „Die Förderungen von heute wird es, in Fortführung der Fischler-Reformen, schon in fünf Jahren nicht mehr geben.“

ERHÖHTE SICHERHEIT?

➔ Neue Konflikte für EU. Durch einen Beitritt der Türkei würde die Europäische Union in die Konfliktherde des Nahen Ostens hineingezogen. Immerhin hat die Türkei eine direkte Grenze mit dem Irak und eine ungelöste Kurden-Problematik. Die EU hätte keine Möglichkeit, diese Konflikte zu koordinieren.

➕ Vermittler im Nahen Osten. Der Autor der Türkei-Studie und Leiter des ESI-Instituts, Gerald Knaus, glaubt, dass diese Sorge zu spät kommt. „Ein provinzielles Argument. Schon heute stehen europäische Truppen im Libanon, im Irak und in Afghanistan. Die Türkei kann im Nahen Osten einen vermittelnden Einfluss ausüben. Dies hat sie schon bei der Vermittlung zwischen Israel und Pakistan gezeigt.“ Für Albert Rohan würde eine größere EU kein Problem bedeuten: „Größe ist keine Bedrohung, die EU würde dadurch an Bedeutung gewinnen.“

BRÜCKE ZUM ISLAM?

➔ Vorposten des Westens. Die islamische Welt sieht die Türkei nicht als Verbündeten, sondern als den bedrohlichen Vorposten westlicher Interessen und Kultur. Damit kann sie auch keine „Brückenfunktion“ ausüben, wie sich US-Präsident George W. Bush das wünscht. Erich Hochleitner, Leiter des „Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik“, meint: „Die Türkei ist Islam-untypisch, wie auch ihre enge Zusammenarbeit mit Israel zeigt. Sie muss selbst erst zu ihrer Identität finden.“

➕ Heute offen muslimisch. Studienautor Gerald Knaus hält diese Ansicht für überholt. „Nur die alte, kemalistische Türkei wurde in der islamischen Welt als trojanisches Pferd der USA gesehen. Heute ist die Türkei zugleich offener muslimisch und offener zur EU – eine Demokratie, die auch ohne Ölreichtum wirtschaftlich schnell wächst.“

Zum Thema

■ Sichere Ablehnung bei Volksabstimmung: Laut Umfrage nur noch fünf Prozent für Türkei-Beitritt ... **S. 2**

■ Leitartikel von Wolfgang Böhm: Unwürdige Türkei-Debatte ... **S. 39**

diepresse.com/umfrage

NAVIGATOR

Veranstaltungen, Kino,	
Radio & TV	S. 18, 19
Menschen	Seite 20
Aktien- und Fondskurse	ab S. 26
Sport	S. 31, 32
Pizzicato	Seite 39
Wetter	Seite 40
24 Stunden in 4 Minuten	Seite 40
Impressum	Seite 40
Heute mit „forschung - Magazin für Technologie und Innovation“.	



TEIL DER EU-RECHTSTRADITION?

➔ Keine gemeinsame Sprache. Die Europäische Union hat Standards auf dem Gebiet der Grundrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Rechtsphilosoph Stadler: „Mit Osteuropa gibt es eine gemeinsame Rechtstradition: das Bürgerliche Gesetzbuch in den Staaten der Donaumonarchie, das Magdeburger Stadtrecht in der Ukraine und in Russland. Mit der Türkei hingegen spricht man nicht dieselbe Sprache.“

➕ Briten hatten kein Problem. Studienautor Gerald Knaus findet hingegen, dass sich im Rahmen der EU unterschiedliche Rechtssysteme nicht zum ersten Mal einander annähern würden. „Auch Großbritannien und Irland haben eine andere Rechtstradition als der Rest der EU. Die Türkei hat schon in den 20er-Jahren das Zivilrecht aus der Schweiz übernommen, das Handelsrecht aus Frankreich, das Strafrecht aus Italien.“

EU NOCH AUFNAHMEFÄHIG?

➔ Tödlicher Quantensprung. Bereits im Jahr 2020 wäre die Türkei mit 86 Millionen Menschen der größte Mitgliedstaat der Europäischen Union. Österreichs ehemaliger EU-Botschafter Manfred Scheich hat keine Illusionen: „Die EU ist ein multinationales Gebilde und braucht den Konsens aller Mitglieder. Mit 27 ist sie schon überfordert. Der Beitritt der Türkei wäre ein Quantensprung, den würde die EU nicht überleben.“

➕ Dehnbare Strukturen. Studienautor Gerald Knaus glaubt auch bei diesem Punkt, dass die Gegner eines türkischen EU-Beitritts zu schwarz malen. „Dasselbe Argument, dass die EU mit 27 Mitgliedern nicht mehr funktionieren kann, wurde auch bei den vergangenen großen Erweiterungsrounds vorgebracht. Aber ganz offensichtlich kann sich die EU weiterhin einigen – und die Entscheidungen brauchen heute auch nicht länger als vor fünf Jahren.“

BRÜSSEL

„Alternative notwendig“

Die EU sei noch Jahre nicht aufnahmefähig, sagt der EU-Abgeordnete Brok.

BRÜSSEL (pö). Die Türkei, die Ukraine, Moldawien, Georgien und die Staaten des Westbalkan: Sollte die EU all diese Länder innerhalb der nächsten zehn Jahre aufnehmen, „dann können wir die Hütte doch in die Luft sprengen“. Das sagte der deutsche EU-Parlamentarier und Berichterstatter für die EU-Erweiterung, Elmar Brok (CDU), am Dienstag in Brüssel. Die EU sei längst nicht mehr aufnahmefähig. Wann wieder Kapazität für neue Mitglieder vorhanden ist, sei nicht absehbar, so Brok. Die EU müsse sich erst einmal konsolidieren.

Gerichtet waren diese Worte vor allem an die Türkei, mit der die derzeit 27 EU-Mitglieder bereits seit 2005 über einen Beitritt verhandeln. Verstöße Ankaras gegen die Menschenrechte und Demokratie erschweren aber den Prozess.

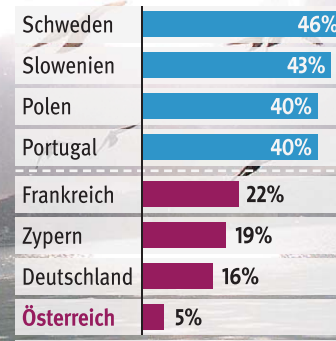
Ausweg Wirtschaftsraum

Eine Vollmitgliedschaft dürfe „nicht die einzige Antwort“ auf die Frage der Integration in Europa bleiben, sagte Brok. Dennoch brauche es eine „europäische Perspektive, die für den Reformprozess in einer Reihe von Ländern wichtig ist“. Als Alternative zu einem EU-Beitritt schlägt der Abgeordnete daher einen „europäischen Wirtschaftsraum“ vor, der auf multilateralen Abkommen basieren könnte. So könnten Nicht-Mitglieder im EU-Binnenmarkt „nahezu alles machen“, und die Türen für einen späteren EU-Beitritt wären damit nicht geschlossen.

Andererseits wäre der Wirtschaftsraum eine „attraktive Alternative“, sollten die Türkei-Verhandlungen 2016/17 scheitern. Bietet man keinen solchen Ausweg an, drohe eine „Katastrophe, wenn die EU die Türkei dann ablehnt“, so Brok. Die EU müsse dafür sorgen, dass sich EU-Anwärter nicht enttäuscht Russland statt Europa zuwenden. Außer den Mitgliedstaaten muss das EU-Parlament einem Beitritt zustimmen.



EU-Beitritt der Türkei: Die stärksten und die schwächsten Befürworter



Quelle: Eurobarometer · Foto: AP · Die Presse / GK

Türkei-Referendum wäre „diplomatisches Desaster“

UMFRAGE. Nur noch fünf Prozent würden mit „Ja“ stimmen.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Fakten: Nur fünf Prozent der Österreicher sind laut Eurobarometer für einen EU-Beitritt der Türkei. Mit stark sinkender Tendenz, denn im Jahr 2002 waren es noch 32 Prozent. Und die Befragten sind sich sicher: Die Rate der Unentschiedenen ist mit nur sieben Prozent ungewöhnlich niedrig. Zum Vergleich: In Schweden gibt es 46 Prozent Befürworter, im be-

kannt erweiterungsskeptischen Frankreich immer noch 22 Prozent. Selbst in der Republik Zypern, dem alten Erzfeind der Türkei, können sich 19 Prozent der Befragten für einen Türkei-Beitritt begeistern.

In Österreich hat auch die politische Debatte die öffentliche Meinung stark beeinflusst. Das zeigt ein Blick auf ältere Ergebnisse. Bis zum Jahr 2002 machten die Österreicher in Umfragen wenig Unterschied, ob es um einen Beitritt Bulgariens, Kroatiens oder eben der Türkei ging.

„Politiker verstecken sich“

Der Wendepunkt, so die neue Studie, war 2004: In diesem Jahr hat die SPÖ die Türkei zum Thema gemacht. Als Oppositionspartei warf sie der VP/FP-Regierung vor, zu wenig gegen den Start der Beitrittsverhandlungen zu unternehmen. Schnell bildete sich, über Parteigrenzen hinweg, eine breite Front für eine Volksabstimmung im Falle eines positiven Ergebnisses der Verhandlungen. Im Dezember 2004 versprach Bundeskanzler Schüssel ein Referendum; Kanzler Gusenbauer hat diese Li-

nie übernommen. Für alle anderen Beitrittskandidaten am Balkan, von Kroatien bis Mazedonien, gilt das nicht. Künftige Beitritte dieser Länder werden vom offiziellen Österreich befürwortet.

Für Studienautor Knaus ist das Referendum ein Horrorszenario: „Die Politiker verstecken sich hinter einer Volksabstimmung. Niemand sagt, dass das eine schlechte Idee ist. Eine Contra-Kampagne mit islamophoben Untertönen wäre ein diplomatisches Desaster.“ Tatsächlich könnte Österreich mit einem Referendum 2015 allein dastehen. Zwar hat Frankreich ähnliche Forderungen in der Verfassung, aber sie gelten für jeden Beitrittskandidaten. Und das nicht mehr lange, vermutet Knaus: „Die Franzosen überlegen gerade eine Verfassungsänderung.“

In Österreich hingegen sind die Reihen dicht geschlossen: Seit 2005 habe sich kein Regierungsmitglied mehr in Ankara oder Istanbul blicken lassen. Und die einzige Persönlichkeit, die in Österreich immer noch öffentlich für einen Beitritt eintritt, dürfte der türkische Botschafter in Wien sein.

GERALD KNAUS UND ESI

In einem Café in Sarajewo gründete Gerald Knaus 1999 mit anderen Südosteuropa-Experten sein Forschungs- und Beratungsinstitut ESI (European Stability Initiative). 58 Studien haben sie bisher publiziert. Der Schwerpunkt der Forschung hat sich in den letzten Jahren in die Türkei verlagert. Auch Knaus selbst lebt mit Frau und Kindern in Istanbul.

inkürze

Slowenien ratifiziert

Der derzeitige EU-Vorsitzende Slowenien hat gestern, Dienstag, den neuen Reformvertrag ratifiziert. Das Parlament segnete den Vertrag mit 74 Ja- zu 6 Nein-Stimmen ab – als zweites Mitgliedsland nach Ungarn. Premierminister Janez Janša hofft, dass bis Ende Juni mindestens 20 von 27 EU-Staaten ratifizieren werden.

Zyprien für Datenschutz

Die deutsche Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat sich entschieden gegen EU-Pläne zur Speicherung von Fluggast-Daten gewandt. Von den Plänen des EU-Innen- und Justizkommissars Franco Frattini wären jedes Jahr 50 Millionen Passagiere betroffen, die in die EU ein- oder aus ihr ausreisen. Gespeichert würden 19 Daten 13 Jahre lang.

Fischereistreit beilegen

Kroatien will den Streit mit Slowenien und Italien über die einseitig ausgerufene Adria-Schutzzone rasch und „im Geiste der EU“ beilegen, sagte der Chefverhandler für Kroatiens EU-Beitritt, Vladimir Drobniak, am Dienstag in Brüssel.

USA – KOSOVO

„Protokoll-Affäre“ belastet EU-Präsident Slowenien

„Anweisungen“ aus Washington führen zum Rücktritt des Politischen Direktors im Laibacher Außenamt.

LAIBACH/WIEN (red.). Die „EU-USA-Kosovo“-Affäre hat jetzt ein Bauernopfer gefordert. Gestern, Dienstag, trat der politische Direktor im slowenischen Außenministerium, Mitja Drobnič, von seinem Posten zurück. Drobnič hatte im Dezember in Washington Gespräche mit dem stellvertretenden US-Außenminister Daniel Fried über den Kosovo und Serbien geführt. Ein Gesprächsprotokoll, das jetzt in slowenischen Zeitungen veröffentlicht wurde, vermittelte den Eindruck, als habe Slowenien Instruktionen der Amerikaner entgegengenommen. Slowenien ist derzeit EU-Vorsitzender und spielt bei der Unabhängigkeit des Kosovo eine zentrale Rolle.

Die „USA-Affäre“ läuft daher Gefahr, die Position der Slowenen als „ehrlicher Makler“ in diesem heiklen diplomatischen Spiel zwischen den Freunden und den Gegnern eines unabhängigen Kosovo zu schwächen. Der Rücktritt Drobničs, der von Außenminister Dimitrij Rupel umgehend ange-

nommen wurde, soll nun den politischen Schaden begrenzen. Dennoch warnte Rupel: „Wir haben einige Schwierigkeiten mit unseren Gesprächspartnern, vor allem in den USA, die uns ihre Standpunkte nunmehr vermutlich nicht mehr anvertrauen werden.“ Gleichzeitig wies Rupel den Verdacht zurück, Slowenien handle in der Kosovo-Frage als Befehlsempfänger der USA. Ein solches Protokoll sei zwar eine interessante Lektüre, sage aber nichts über die Übereinstimmung der Standpunkte aus, meinte er.

Polit-Choreografie für Kosovo

Interessant ist die Lektüre allerdings. Das Gesprächsprotokoll – auf der Internetseite der Tageszeitung „Delo“ veröffentlicht – beschreibt die von den USA gewünschte politische Choreografie der Kosovo-Unabhängigkeit im Detail. Die USA empfehlen, die Sitzung des kosovarischen Parlaments zur Ausrufung der Selbstständigkeit auf einen Sonntag zu

legen, weil „Russland dann keine Zeit für die Einberufung des UN-Sicherheitsrates hätte. Inzwischen käme es dann schon zu den ersten Anerkennungen.“

Laut Protokoll „ermunterte“ Fried Slowenien, „in dieser Phase als erste den Kosovo anzuerkennen. Nach Einschätzung der USA werden zu Beginn sechs Staaten den Kosovo nicht anerkennen, doch wenn ihn zumindest 15 von 27 anerkennen, wird das schon reichen.“ In der EU zählen Zypern, die Slowakei, Griechenland, Rumänien, Ungarn und Spanien zu den Skeptikern. Die USA selbst würden ebenfalls unter den ersten Staaten sein, die einem unabhängigen Kosovo offiziell ihren Sanktus erteilen. Washington betreibe außerdem intensives Lobbying bei Japan, der Türkei und den arabischen Staaten.

In dem Gespräch machten die USA auch Druck auf Slowenien, möglichst bald die Entsendung der EU-Mission in den Kosovo zu erreichen. UN-Generalsekretär

Kein Interesse an EU-Annäherung

Die türkische Regierung und Bevölkerung haben derzeit andere Sorgen.

ANKARA (keet). Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül hat 2008 zum „Jahr Europas“ erklärt. Das Jahr hat zwar erst begonnen, bisher sieht es aber nicht so aus, als würde sich die türkische Politik in diese Richtung entwickeln. Die oft versprochene Änderung des Strafrechtsparagrafen 301 (Erniedrigung des Türkentums) sollte Anfang Jänner ins Parlament kommen, wurde aber auf unbestimmte Zeit verschoben. Ebenso das von der EU geforderte neue Stiftungsrecht, das die religiösen Minderheiten stärken sollte, und die Verfassungsreform.

Waren die Türken lange über die Ablehnung einiger EU-Staaten empört, so scheint es mittlerweile, als hätten sie Europa einfach vergessen. Sie haben andere Sorgen: den Kopftuch-Streit, die Inflation, die plötzlich wieder ansteigende Arbeitslosigkeit.

Kopftuch-Streit ist wichtiger

Ähnlich geht es den Politikern: Für Premierminister Recep Tayyip Erdoğan gibt es derzeit nur eine Priorität: die Aufhebung des Kopftuch-Verbots an türkischen Universitäten. Gestern, Dienstag, brachte Erdogans AKP ihren Vorschlag dazu im Parlament ein. Er würde Studentinnen das Tragen eines Kopftuchs gestatten, das unter dem Kinn gebunden wird und das Gesicht freilässt.

Wenn Erdogan im Mai seine deutschen und französischen Amtskollegen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy trifft, wird das Thema „EU-Beitritt“ allerdings zwangsläufig auf der politischen Tagesordnung weiter nach oben wandern. Dann wird man vom Premier sicher auch wieder zu hören bekommen, dass die Türkei ein Recht hat, in die EU aufgenommen zu werden. Darauf baut auch der Unternehmerverband Tüsiad, der als einziger die Wiederbelebung der eingeschlafenen EU-Politik der Türkei einmahnt.

Ban Ki-moon stehe in dieser Frage unter großem Druck Russlands, doch würden die USA ihn hier unterstützen. Washington sagte gleichzeitig zu, in der Frage der Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag „mit den Niederlanden zu sprechen“, um eine Aufweichung der harten holländischen Haltung zu erwirken. Daran war am Montag die Unterzeichnung des EU-Abkommens mit Serbien gescheitert.

„Serbien in die EU“

Im Gegenzug schlugen die 27 EU-Staaten der serbischen Regierung ein politisches Interimsabkommen vor. Die EU zeige damit, dass sie sich nicht in den serbischen Wahlkampf einmische, Serbien aber als Teil des neuen Europa betrachte, sagte Außenministerin Ursula Plassnik: „Serbien soll Teil der Europäischen Union werden.“ Serbiens Außenminister Vuk Jeremić hatte das Angebot als „Durchbruch“ für sein Land bezeichnet.